

# Dokument 60

---

**Rede von Gabriele Behler, Staatsministerin a.D. anlässlich der Mitgliederversammlung der Landeselternschaft Gymnasien NRW e.V. am Samstag, 14. November 2009, in Dortmund im Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen.**



## Perspektiven des Gymnasiums

Manchmal kommt es mir so vor: „Und täglich grüßt das Murmeltier....“

Die Debattenkultur in der Bildungspolitik ist nicht besser geworden: Sie ist fast immer hoch emotional, sie kreist seit Jahrzehnten mehr oder minder heftig um dieselben Schlagworte. Die Chancen auf rationale, empirisch untermauerte Entscheidungen sind bisher jedenfalls wenig genutzt worden. In der Folge grassiert Unsicherheit, deshalb will ich gleich einiges zu verbreiteten Mythen, Legenden, Vorurteilen sagen.

Da ich hier zur Situation und zur Zukunft des Gymnasiums sprechen soll: Lange schien es so, als sei es nicht betroffen: Es hat sich erheblich entwickelt und verändert, aber seine Grundfesten wirkten unerschütterlich. Dies gilt heute nicht mehr (s. Spiegel vom 9.11.09), und vor diesem Hintergrund will ich auch einiges sagen zur aktuellen Diskussion um die Schulstruktur.

Diese hat erheblich an Dynamik gewonnen, eine Dynamik, die nach meinem Eindruck von den Vertretern der Gymnasien erheblich unterschätzt wurde (und wird).

Vielfach gibt es in den Gymnasien eine trügerische Selbstgewissheit mit drei Begründungen: Erstens: Das Problem betrifft nicht uns, sondern nur die Hauptschulen, zweitens: Die Landesregierung wird es schon für uns richten. Und drittens: Gegen uns kommt eh keiner an. Alle drei Annahmen halte ich für einen Irrtum. (Jedenfalls hat sich die sog. Lufthoheit deutlich verschoben.)

Und wie schnell die Traditionen der CDU mittlerweile über Bord geworfen werden, kann man bei den Koalitionsverhandlungen nach den letzten Landtagswahlen sehen. Hamburg war nur Vorreiter, und auch die CDU in NRW dürfte einen Schwenk direkt nach der kommenden Landtagswahl machen. Die Organisationen der Gymnasien haben aber bisher kein tragfähiges Konzept für die Breite der Schülerschaft insgesamt. Das roch bisher zu sehr nach der Vorstellung einer "volkstümlichen Bildung" für den Rest der Schülerschaft neben dem Gymnasium. Wenn sie nicht auch Position beziehen zu Chancen und Aufgaben für die Schwächeren eines Jahrgangs, werden sie nur als Lobby wahrgenommen. Und das reicht nicht, um ernst genommen zu werden, um gestalterisch Einfluss nehmen zu können. Im Zweifelsfall wird man von einer Entwicklung überrollt.

Meine Ausgangsposition: - Bildungspolitik funktioniert nicht Reißbrett, sie muss aus den Gegebenheiten ableitbar sein. Und:

- Wir brauchen eine gesellschaftlich mehrheitsfähige Position.

Dazu will ich einen Diskussionsbeitrag leisten und mich hier wunschgemäß auf das Gymnasium konzentrieren.

**Was kennzeichnet eigentlich heute ein Gymnasium? Es vermittelt basale Qualifikationen (deutsche Sprache, Mathematik, nat.wiss. Grundkenntnisse, mind. 2 Fremdsprachen, soziales, historisches, ästhetisches Allgemeinwissen) plus: „Fähigkeit, sich gedanklich und sozial in Symbolsystemen bewegen zu können und an ihrer Gestaltung weiterzuarbeiten“ (Peter Brenner, Profil, Sept.09, S.22): m. E. zusätzlich: dies auch sprachlich wiederzugeben, also: Fähigkeit zur Abstraktion und zur Übertragung gewonnener Erkenntnisse in meth. und inhaltlicher Sicht. Am Abschluss steht die allgemeine (und eben nicht eine spezielle) Hochschulreife mit der Berechtigung zu studieren, und zwar ein Fach eigener Wahl.**

Diese Grundsätze machen den Traditionskern aus, jenseits aller Veränderungen vom Schulprogramm, über Projektarbeit, tätiger Unterstützung durch Eltern, Berufswahlorientierung, bis hin zur Übermittagsbetreuung oder Ganztags. Ich will diese Veränderungs**bereitschaft** und **Entwicklungsfähigkeit** nur markieren; sie sind Ausdruck einer erheblichen (und oft zu wenig gewürdigten) Anstrengung, und das in recht kurzer Zeit.

Dabei hat es auch eine erhebliche gesellschaftliche Integrationsleistung vollbracht. Wir haben eben nicht, wie in England oder den USA, einige private Schulen, an denen gegen eine hohe Gebühr eine exzellente Bildung erworben wird, sondern wir haben öffentliche Schulen, an denen (bei allen Problemen) ohne Schulgeld hohe Leistungen erbracht und vermittelt werden.

Dieser Vorzug gerät jedoch nach meinem Eindruck schleichend aus dem Blickfeld: Wenn daneben und nach und nach immer mehr Schulen erlaubt werden, die Bildung und Schulabschlüsse zur Ware machen und gegen Geld anbieten, verlieren auch unsere Gymnasien auf Dauer ihren Charakter, auch ihre gesellschaftliche Akzeptanz. Davor möchte ich ausdrücklich warnen.

## **1. Schulstrukturdebatte**

### **1.1. Gesellschaftliche Trends und Problemlagen**

Es gibt aus meiner Sicht drei gesellschaftliche Entwicklungstrends, die eine Veränderung der Schulstruktur, wie wir sie derzeit in NRW in der S I haben, unvermeidlich machen:

#### **- Bildungsgerechtigkeit als uneingelöstes Versprechen**

Die extrem hohe Spreizung der Leistungen zwischen der oberen und der unteren Leistungsgruppe in Deutschland und die extrem hohe Abhängigkeit der Leistungen von der sozialen Herkunft ist gesellschaftlich nicht hinnehmbar. Die allgemeine Gerechtigkeitsfrage hat in der Bevölkerung einen ganz hohen Stellenwert und es gibt deutliche Hinweise, dass das auch auf die Frage der Bildungsgerechtigkeit durchschlägt.

#### **- Das bildungsökonomische Bedürfnis nach einer breiten Steigerung des Qualifikationsniveaus**

Selbst erkonservative und marktliberale Wirtschaftswissenschaftler wie der Präsident des IFO-Instituts Sinn sagen bereits seit mehreren Jahren: Eine Vielzahl schlecht qualifizierter Jugendlicher in unserem Bildungssystem bedeutet eine Verschleuderung ökonomischer Ressourcen, dies können und sollten wir uns nicht länger leisten. Im O-Ton: "Das dreigliedrige Schulsystem,... passt nicht mehr in die heutige Zeit" (Wirtschaftswoche 13.3.2006), er fordert die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems, um den Wirtschaftsstandort Deutschland für die Zukunft zu sichern. Dies nur als ein Beispiel unter anderen.

#### **- Demographie – flächendeckender Druck**

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie Gymnasien in NRW wird aufgrund der demografischen Entwicklung bis zum Jahr 2016 um etwa 15,6 Prozent geringer als noch im Jahr 2006 sein (regional unterschiedlich). Alle Veröffentlichungen, auch die der Bertelsmann-Stiftung aus der vorletzten Woche, zeigen denselben Trend.

Nun kann man mit Verbundlösungen, wie sie das Schulgesetz vorsieht, zumindest zeitweise die größten Probleme eingrenzen. Auf Dauer kann man bei den schrumpfenden Schülerzahlen vor allem im ländlichen Raum funktionsfähige Hauptschulen und Realschulen nicht mehr aufrechterhalten.

Die neuen Bundesländer sind jetzt heilfroh, dass die Problematik der zu schließenden Schulstandorte nicht durch eine noch stärkere Ausdifferenzierung ihrer bisherigen Regel- oder Mittelschule noch größer wird. Bürgermeister und Stadträte bei uns, aber auch Eltern werden hier massiv auf vertretbare Lösungen drängen.

Ich meine: Bildungspolitik sollte nicht aus Schwäche oder Kalkül einfach abwarten, sondern steuernd eingreifen, ihre Ziele offenlegen und sich dafür verantworten.

Und da konnte und kann man manche Überraschung erleben: Wer hätte erwartet, dass CDU-geführte Regierungen das Gymnasium von unten verkürzen und die Grundschulzeit verlängern, wie in HH und dem Saarland? Und wie es die FDP nicht nur in Bayern bei den Koalitionsverhandlungen gefordert hatte? Eine SPD-geführte Regierung in Bremen aber organisiert einen sog. Schulfrieden auf 10 Jahre, während die SPD in NRW nun einen Komplettumbau zum Programm macht: Alle allgemeinbildenden Schulen sollen in der Gemeinschaftsschule aufgehen.

Die Lage ist also, gelinde gesagt, unübersichtlich. Man weiß nicht mehr so genau, wo man welche Verbündeten findet.

## **1.2. Mythen, Klischees, Rituale der Debatten**

Die Diskussionskultur ist nicht sehr ermutigend:

- Das **Lukas-Prinzip**: Verbände und Parteien scheinen es zu lieben: Haust du „meinen“, hau ich „deinen“ Wissenschaftler; man stützt sich ohnehin nur auf die Zitate, die in ihre vorab festgelegte Linie passen, egal, ob sie aus dem Zusammenhang gerissen sind oder nicht.

- Immer wieder wird mit dem **internationalen Vergleich** argumentiert (OECD, GEW, SPD, Grüne, Linke usw.): Länder mit integrierten Schulsystemen wie Finnland haben gute Ergebnisse, Deutschland als Land mit einem gegliederten Schulsystem hat mäßige PISA-Ergebnisse, deshalb liegen die schlechten Ergebnisse Deutschlands am gegliederten Schulsystem. Diese Argumentation ist unseriös. Der gerade von Journalisten gern aufgegriffene internationale Vergleich taugt empirisch nicht für die Herleitung irgendeiner bestimmten Schulstruktur in Deutschland. Hier werden Korrelationen mit Kausalitäten verwechselt (Sauna-Vergleich). Stattdessen ist der innerdeutsche Vergleich bedeutsam und mit Sorgfalt auszuwerten.

- Die Gymnasien werden aggressiv oder unterschwellig als hochselektive Eliteschulform der 50er Jahre dargestellt, voll herzloser und bestenfalls altväterlicher pädagogischer Konzepte, im Elfenbeinturm, **ohne Realitätsbezug**, ohne Problemkinder in pädagogischer Idylle, dafür auch ohne Bezug zur Arbeitswelt und voller Drill.

Da arbeiten sich Heerscharen an der vermeintlich fehlenden Berufsorientierung ab, suchen nach Konzepten, die Freude am Lernen als Novität verkünden und zeigen damit, dass sie seit Jahren kein Gymnasium von innen gesehen haben. Das Gegenteil ist richtig: Es hat eine breite Heterogenität im Grundsatz gut bewältigt. In NRW ist derzeit das Gymnasium die Schulform, die deutlich geringere Selektionsquoten als die Realschule und die

Hauptschule hat. Das Schulklima und die Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler werden im Regelfall sehr gut beurteilt.

- Wie oft ist die starke **Fachorientierung** der Gymnasien in der Vergangenheit bespöttelt worden! Sie kennen alle die polemische Aussage, man solle keine Fächer, sondern Schüler unterrichten. Aber auch die Coaktiv-Studie zeigt: Die spezifische Fachlichkeit, die fachwissenschaftliche Orientierung des Gymnasiums ist durch nichts zu ersetzen, es sei denn, man nähme erhebliche Qualitätseinbußen in Kauf. Sie ist notwendige Voraussetzung für erfolgreichen Unterricht (wenn auch nicht hinreichend).

- Immer wieder begegnet einem die Behauptung, ein gegliedertes Schulsystem sei Relikt der feudalen **Ständegesellschaft**. Nur ein Beispiel: Der Bericht in meiner heimischen Zeitung über den Bundeskongress der evangelischen Schulen: „Das deutsche Gymnasium ist eine Bastion, die eine Ständegesellschaft aufrecht erhält.“ (Prof. Werning) Mal abgesehen davon, dass da offenbar die Protagonisten nicht wissen, was historisch „Stände“ ausmachte, hat aber noch niemand mit Verweis auf die soziale Selektierung die Abschaffung der Universitäten gefordert. Aber diese Argumentation ist durchgängig.

- „Äußere Differenzierung“ wird mit „**Auslese**“ gleichgesetzt und damit moralisch verurteilt. Denjenigen, die sich für differenzierte Schulen oder Lerngruppen aussprechen, wird von vornherein unterstellt, sie forderten eine soziale Ausgrenzung, es gehe um die Rettung gesellschaftlicher Privilegien. Abgesehen von dem Hochmut, der sich in solchen Haltungen äußert: Bereits seit Ende der neunziger Jahre liegen die Belege dafür vor, dass ein zu weitgehender Verzicht auf äußere Leistungsdifferenzierung jedenfalls bei älteren Schülerinnen und Schülern durch Binnendifferenzierung in heterogenen Lerngruppen nicht kompensiert werden kann (Peter M. Roeder). Dies überfordert Schulen und Lehrkräfte. Schwächere Schülerinnen und Schüler werden zudem bei einer zu großen Leistungsspanne demotiviert, was wieder Konsequenzen für die Leistungsentwicklung hat. Es geht also – das bestätigt die Alltagserfahrung aller Lehrerinnen und Lehrer – um eine **Balance** von Leistungsheterogenität und Leistungshomogenität, wobei wir in Deutschland einen Nachholbedarf im Umgang mit größerer Leistungsheterogenität haben.

- Und dann gibt es die auf den ersten Blick so eingängige Kompromisslinie: „Länger gemeinsam lernen“, „gegen die frühe Auslese“, konkret: die **Verlängerung der Grundschulzeit** auf 6 Jahre. Als wenn eine zwei Jahre spätere „Auslese“ im Sinne der Gemeinschaftsschule nicht die fast gleiche Art von Unsicherheit bei der Auswahl für weiterführende Bildungsgänge bedeutete! Die – in der Tat skandalös enge – Kopplung von Schulerfolg und sozialer Herkunft wurde in Berlin dadurch nicht aufgelockert, und man negiert auch schlicht die (extrem schlechten) Berliner Pisa-Ergebnisse, dort hat die sechsjährige Grundschule offenbar nichts verbessert. Man negiert auch das absolut im NRW-Durchschnitt angesiedelte Ergebnis der Laborschule in Bielefeld, die aber zum programmatischen Vorbild avanciert. Und man schaue sich mal an, was dieser Umbau in HH bedeutet: Nicht nur der enorme Aufwand mit unzähligen Beteiligungskonferenzen, der Eltern- und Lehrerzeit in erheblichem Ausmaß verbraucht, sondern auch die schulischen Konsequenzen: Festgeschriebene Zahl von Gymnasien, was zu einer Ausblutung gerade sozial schwächerer Stadtteile führt, der Beginn der 2.Fremdsprache in der Primarschule mit abgeordneten Französisch- und Lateinlehrern (darauf soll dann eine Schulentwicklung aufbauen!), und in Wirklichkeit das Vorziehen einer späteren Schulentcheidung auf das 3. Schuljahr !

Der Hamburger Weg erfährt viel Sympathie in den Medien, und vielerorts höre ich, das sei doch ein guter Kompromiss zwischen konservativem Leistungsanspruch und sozialer Pädagogik.

Ich halte das für den falschen Weg. Leistung und soziale Gerechtigkeit sind kein Gegensatz, und beides darf auch nicht als Gegensatz verstanden werden.

Gleichzeitig zeigt mir das Hamburger Beispiel, wie schnell das angeblich wichtigste Politikfeld anderen Zielen geopfert wird (Schmoll: Verflachung der Schule für Vertiefung der Elbe). Ich bin gespannt, wie das Volksbegehren ausgehen wird.

Ich warne aber davor zu meinen, so erledige sich das Thema.

Und wo bewegt sich da die nordrhein-westfälische Politik? Auch hier herrscht an Mythen kein Mangel.

- Das NRW-Schulgesetz argumentiert in seiner Begründung mit der **Begabungsgerechtigkeit**; den Schulformen Haupt-, Realschule und Gymnasium seien unterschiedliche „Begabungen“ von Kindern zuzuordnen. Eine solche „begabungsgerechte“ Aufteilung auf Schulformen ist Unfug; das hat sehr grundlegend Elsbeth Stern, z.B. in der ZEIT, aufgezeigt und die Vorstellung von einer statischen, für alle Zeiten unveränderbar festgelegten Begabung als nicht tragfähig gekennzeichnet. Ein solcher Begabungsbegriff ist vormodern-naiv gefüllt und kennt den aktuellen Stand der Forschung offenkundig nicht. „Begabung“ ist vielmehr, wenn man an dem Begriff festhalten will, eine „Anlagepotenz“, die von Anfang an mit fördernden und hemmenden Erziehungs- und Sozialisationseinflüssen in Wechselwirkung steht. Niemand kann ein Schulsystem und seine Gliederung allein von einer Verteilung von Intelligenz bzw. „Begabungen“ in der Bevölkerung herleiten, auch Herr Rüttgers und Frau Sommer nicht. Sie haben sich so in eine Sackgasse manövriert; ich bin gespannt, wie sie da herauskommen wollen.

- Die Kernbotschaft der SPD soll auf dem Hintergrund der (unbestreitbar) hohen Abhängigkeit der Leistung von der sozialen Herkunft in Deutschland „Chancengleichheit“ sein. So weit, so gut. Die SPD in NRW hat sich wie in den meisten anderen Landesverbänden programmatisch im September dieses Jahres auf die flächendeckende und verbindliche Einführung der **Gemeinschaftsschule** mit der langfristigen Zielrichtung einer integrierten S-I-Schule und eigenen Oberstufenzentren für die SII festgelegt. Die wichtige Zielnorm „Leistung“ hingegen wird marginalisiert, höchstens am Rande erwähnt. Dabei wird die flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule als die einzig mögliche Konsequenz aus PISA dargestellt, um mehr Gerechtigkeit und bessere Leistungen zu erreichen. Das ist m.E. sachlich verfehlt, gesellschaftlich nicht vermittelbar und letztlich politisch auch nicht durchsetzbar.

CDU und SPD blockieren sich gegenseitig – wie in den 70er und 80er Jahren.

### **1.3. Zweigliedrigkeit als Lösung:**

Angemessen, gerade auch einer demokratischen Gesellschaft angemessen wäre eine Differenzierung, die die jeweils aktuelle Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt. Eine solche leistungsgerechte Schule ist aber etwas vollkommen anderes als eine zudem noch sehr frühe Einteilung nach vermeintlichen Begabungstypen, für die dann auch noch spezifische Bildungsbegriffe formuliert werden.

Gerade bei hoch ideologieträchtigen Fragen kann ein nüchterner Blick auf wissenschaftlich fundierte Ergebnisse helfen. Kurz zusammengefasst und über etliche Jahre hin allmählich entwickelt und belegt: Es gibt eindeutig belegbare Negativeffekte in stark gegliederten Systemen, die nicht durch innerschulische Maßnahmen und damit noch so viel Förderung und Ganztagsbeschulung zu beseitigen sind. Kurz gesagt: Je stärker gegliedert, desto problematischer. Systemimmanente Modernisierung stößt hier an ihre Grenzen. Bei zweigliedrigen Systemen wie in den ostdeutschen Bundesländern gibt es diese Probleme nicht. (Im übrigen verweise ich auf die „Schulverwaltung“ (Möller,Orth) und die entsprechenden Aufsätze in [www.schulstruktur.com](http://www.schulstruktur.com)), für sie spricht im übrigen auch die in Bayern bis vor wenigen Jahren faktisch vorhandene Zweigliedrigkeit.

*( hier nur anzureißen: Das bedeutet die sukzessive Zusammenführung von Haupt-, Realschule und Gesamtschule zur Sekundarschule, mit allen Abschlüssen nach 10, von dort muss der Übergang in die gymn. Oberstufen an Gymnasien möglich sein.*

*Durchaus bewusst und im Schwerpunkt sollte auf die Sekundarschule eine beruflich geprägte Oberstufe anschließen, mit den verschiedenen Abschlüssen einschl. einer eigenen AHR mit eigenem Profil (nach 3 Jahren). Auf diese Weise kann ein Bildungsgang entstehen, der ganz bewusst den Zeitraum von 9 Jahren für den Weg*

zum Abitur anbietet und damit eine (durchaus von vielen Eltern gewollte) Alternative zum achtjährigen Bildungsgang des Gymnasiums bedeutet.

*Als zweites paralleles System stünde daneben das Gymnasium, das sich offen versteht und durch politische Rahmenbedingungen auch entsprechend gesteuert wird (mit Ganztage, Förderungsangeboten, unterschiedlichen inhaltlichen Profilen...), aber dessen Bildungsgang 8 Jahre umfasst.)*

In der Bildungspolitik ist ein historischer Kompromiss zwischen den großen politischen Lagern notwendig. Möglich wird er, weil die empirischen Befunde von niemandem geleugnet werden können. Er muss nachholen, was in den 70er Jahren nicht erreicht werden konnte: Eine Verständigung darüber, dass eine Expansion in der Bildungsbeteiligung aus sozialen und ökonomischen Gründen gewollt ist, dass dabei die Qualität der Abschlüsse gesichert bzw. gesteigert werden muss, und die Verständigung darüber, in welchen Strukturen und mit welchen Instrumenten dies am ehesten Erfolg verspricht. Dieser Konsens muss organisiert werden, und zwar deutschlandweit.

## **2. Immanente Entwicklungen**

### **2.1. Schleichende Gefährdungen und modische Verirrungen**

#### **- Fachlichkeit, fachübergreifendes Lernen, allgemeine Kompetenzen:**

Der Arbeitsmarkt fordert Sozialkompetenz von Schulabgängern, und Gruppenarbeit ist nicht mehr sozialistische Nivellierung. Auch am angeblich doch rein fachlich orientierten Gymnasium stehen Schlüsselqualifikationen hoch im Kurs. So weit, so gut.

Dabei hat die These an Einfluss gewonnen, „ dem Schüler müssten eigentlich nur einige wenige, vielfach und vielfältig nutzbare Qualifikationen (wie etwa effektives Planen, Kommunikationstechniken, sprachliche Fertigkeiten und generelle Problemlösestrategien) sowie Know-how im Umgang mit elektronischen Medien beigebracht werden. Das weitere Lernen könne der Schüler dann schon selbst besorgen - schließlich weiß er, wie er alle benötigten Informationen aus Datenbanken blitzschnell abrufen und bei der Bewältigung beliebiger Aufgaben wirksam nutzen kann. Haben Schulabsolventen darüber hinaus noch das Lernen gelernt, so haben sie ... ein umfassend einsetzbares kognitives Rüstzeug zum Wissenserwerb. Nicht Inhalte, sondern ausschließlich Methoden sollten deshalb in den Schulen der Zukunft gelehrt und gelernt werden.“ Das heißt: „ An die Stelle des mühsamen Wissenserwerbs sollte die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Medienkompetenzen und Lernstrategien treten.“ „Der "kompetente Schüler" braucht weder Schulen noch Lehrer, sondern weiß - wenn man ihm nur die Freiheit dazu gibt - selbst am besten, was er wie lernen sollte.“ (alle Zitate nach Franz Weinert)

Lehrer könnten sich dann künftig nur noch als Moderatoren autonomer Lerngruppen verstehen. Welch ein Irrglaube, der die Ziele schulischer Bildung mit deren individuellen Voraussetzungen verwechselt! Kognitive Psychologie und Expertiseforschung haben inzwischen überzeugend nachgewiesen, dass Lernen, Problemlösen und die Verarbeitung inhaltsspezifischer Informationen keineswegs nur von allgemeinen "Schlüsselqualifikationen" abhängen. Entscheidend sind vielmehr die Kenntnisse, die ein Schüler in dem betreffenden Wissensgebiet angesammelt hat und geistig "verfügbar" hält.

Globale Unterrichtsentwicklungskonzepte, z. B. nach Klippert, das v.a. von der Bertelsmann-Stiftung propagierte Konzept des „cooperative learning“, - das sind keine Patentlösungen für zu Recht kritisierte Unterrichtskulturen. So entstehen eher Moden, die zu überflüssigen Irrwegen verleiten könnten.

Enttextlichung und Entfachlichung führen eben nicht zu besseren Schlüsselqualifikationen oder höherer Sozialkompetenz. Kompetenz ohne Wissen gibt es nicht, und Grundanforderungen an Bildung sind nicht beliebig ersetzbar. Leistung ist keine Spielerei, und Anstrengung ist gefragt.

### - Schülererfolge als Maßstab

Es ist völlig richtig, dass auch Gymnasien den Erfolg ihrer Arbeit am erreichten Kenntnisstand ihrer Schüler messen, dass sie nicht einfach darauf warten dürfen, dass ihnen die Grundschule, die Eltern, die Gesellschaft die Kinder „gymnasialgerecht“ zuliefert. Es ist auch notwendig innerschulisch regelmäßig und systematisch zu überprüfen, welche Lernfortschritte Schüler gemacht haben. Hier entsteht aber offenbar die Versuchung, sich einen vermeintlichen politischen Erfolg über unlautere Wege zu organisieren: Wenn Abschlussprüfungen so leicht werden, dass bei beteiligten Lehrern, Eltern, Schülern nur Kopfschütteln erzeugt wird, hat das mit Leistungskultur nichts mehr zu tun. Und wenn dann Schüler durch die entsprechende Gewichtung verleitet in die Oberstufe kommen, die die Anforderungen nicht oder noch nicht bewältigen, wird mit Schullaufbahnen gespielt, statt ernsthaft zu fördern. Dass Politik dann nicht ernst genommen wird, sei als Nebeneffekt nur angemerkt.

### - Allgemeinbildung

Sie wird aus mehreren Richtungen heraus unterhöhlt. Da gibt es diejenigen, die Schulen auf eine Zulieferfunktion für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt reduzieren. Klar: beruflich-, „praktische“ Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten sind unverzichtbar. Wer sich darauf beschränkt, instrumentalisiert Bildung, reduziert sie auf ihre tatsächliche oder vermeintliche Nützlichkeit. Es geht auch um die Teilhabe an Kultur und Kunst, Politik und Gesellschaft und um die Auseinandersetzung mit Umwelt und Natur. Bildung zielt auf den ganzen Menschen in all seinen Lebensbezügen.

Dazu passt es nicht, wenn notwendige Straffungen des Unterrichts in Bayern dazu führen, dass der NS nur noch in seiner Etablierungsphase behandelt werden muss, in HH „gesichertes und strukturiertes literarisches Basiswissen“ zu erwerben die einzige Vorgabe in Deutsch in der Oberstufe ist und die einzelne Schule definiert, was darunter zu verstehen sei, und dazu gehört auch ein geradezu ahistorisch zu nennendes Verständnis von Geschichte in NRW, wenn man es für die Sek.I auf 6 (!) Wochenstunden reduziert und mit 2 Ergänzungskursen in der Oberstufe dann ein Abitur abgelegt werden kann. Das ist bundesweit schon einmalig.

### **(- Lehrerausbildung:**

*Wie verhält sich eigentlich das Fachliche zum Pädagogischen? Hier liegt ohne Zweifel ein Spannungsverhältnis vor. Es war ein erheblicher Fortschritt, dass das Unterrichten nicht mehr nur als Nebenprodukt eines Fachstudiums angesehen wurde und gute Lehrer nicht mehr nur als Naturbegabung betrachtet wurden.*

*Heute habe ich aber zunehmend den Eindruck, dass seitenerverkehrt diskutiert wird: Wir bekommen in NRW eine Lehrerausbildung, die schon im Studium den Schwerpunkt auf die Didaktik und die Unterrichtspraxis legt und den Aufwuchs von Fachlichkeit vom Kindergarten bis zur Hochschule missachtet. Das bringt keine besseren Lehrer, entwertet aber die wissenschaftliche Ausbildung und gefährdet das fachliche Niveau des Unterrichts, einen Aspekt, auf den die Gymnasien zu Recht stets viel Wert gelegt haben und an dem sich – ebenfalls zu Recht – die Lehrer anderer Schulformen eher orientiert haben. )*

### - (noch) größere Kurse in S II?

Gängig, auch bei politischen Entscheidungsträgern aller Parteien, ist die Annahme, dass kleine Kinder mehr Pädagogik, deshalb mehr Lehrer bräuchten als Jugendliche. In Zeiten sich verschärfender Haushaltsprobleme taucht immer wieder ein Vorschlag auf: Kurse vergrößern, damit Spielräume für die Grundschule geschaffen werden. Das kann nicht die Alternative sein. Auch die Oberstufe braucht ihre Ressourcen.

### - Fortbildung

Hier liegt vieles im Argen: Fachliche Lehrerfortbildung findet mangels Angebot kaum noch statt. Das kann Eltern nicht gleichgültig sein, die auf Unterrichtsqualität Wert legen.

## 2.2. Zukunftsaufgaben

### - Sicherung und Ausbau der Finanzierung (Demographiegewinne für zusätzliche Professionen)

(hier nicht weiter auszuführen: Aber Rat zur Finanzierung für Assistenzen, Psychologen, Sozialarbeiter)

### - Soziale Herkunft und Bildungserfolg, individuelle Förderung

Die skandalös enge Verkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist ein Thema gerade auch für Gymnasien. Chancengleichheit wird nicht bedeuten können: Alles für jeden. Aber sie muss bedeuten, allen den Zugang zu den Wissensstandards und zu einer eigenständigen, ausbaufähigen Lernkompetenz zu gewährleisten, für alle den Weg zu qualifizierter Bildung und Weiterbildung offen zu halten, für alle durchlässige Brücken zwischen den verschiedenen Abschlüssen und Bildungsgängen zu bauen und schließlich auch allen eine „zweite Chance“ einzuräumen. Diagnostik verbessern und Kinder ermutigen, Förderung statt Zuwarten.

Ich führe jetzt nicht all das aus, was in anderen Kontexten zu leisten ist: frühkindliche Förderung, Sprachförderung vor und in der Schule, gemeinsames Lernen vor der Schule, Kindergartenpflicht, Ganztagsangebote usw. - all das ist im Grundsatz ja auch nicht umstritten.

Migrantenförderung ist eine Aufgabe der Gymnasien, sie können nicht darauf warten, dass sie die auf das Gymnasium hin vorgeförderten Kinder handlich zugerichtet geliefert bekommen. Um nicht missverstanden zu werden: Das geht nicht um den Preis der Absenkung von Leistungsanforderungen. Es geht darum, diese Leistungsanforderungen auch zu realisieren und dafür Hilfen zu organisieren. Auch Gymnasien müssen sich bei Leistungsdefiziten von Kindern und Jugendlichen stärker fragen, wie sie diese beseitigen können und nicht nur die Bringschuld bei Kindern und ihren Eltern sehen. Man kann das alles unter der Überschrift der erweiterten individuellen Förderung sehen, eine richtige Akzentsetzung im aktuellen Schulgesetz. Ohne meine Grenzen überschreiten zu wollen wünsche ich Ihnen dabei ein Mehr an systematischer, inhaltlicher und materieller Unterstützung.

### - systematische Qualitätsentwicklung

Die Ganztagschule wird kommen. Nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund: Wir wissen aus allen Untersuchungen, dass anreizarme oder reizüberflutende Lebensmilieus sonst nicht hinreichend ausgeglichen werden können. Der schulische Raum wird dabei durch Kooperationen pädagogisch sinnvoll angereichert, auch mit Sport und Musik.

Vor allem aber, und das nicht erst beim Ganztage: Zur Qualität eines Schulbetriebs gehört systematische Rhythmisierung, gehören Übungs- und Vertiefungsphasen (wäre aber wahrscheinlich ein Thema für sich), Zusammenhänge von Fächern, die Überwindung des 45Minuten-Taktes ohne inhaltliche Unterlegung. Gerade unter den Bedingungen des achtjährigen Bildungsgangs ist eine systematische Unterrichts- und Schulentwicklung notwendig – etwas, das nach meinem Eindruck noch längst nicht hinreichend angegangen worden ist (wofür es aber gute Beispiele im Land gibt).

Aber auch an staatliche Strukturen sind Anforderungen zu richten: Der Staat garantiert mit dem Abitur einen Standard der allgemeinen Studierfähigkeit; er muss auch dafür sorgen, dass diese Standards eingehalten werden.

Hier gab und gibt es durchaus Mängel, und die Kontrolle der Standards war und ist nicht sehr beliebt in den Schulen. Aber eine Qualitätssicherung, die diesen Namen auch verdient, ist bestenfalls in der Entwicklung. Wenn die Kriterien der Qualitätsanalyse die fachliche Qualität nicht erfassen, führt das zu falschen Anreizen.



Ich meine, Sie als Eltern haben für Ihre Kinder ein Recht darauf, nicht nur auf eine Inspektion alle 6 – 8 Jahre. Und man braucht dafür hinreichende und geeignete Strukturen. Es ist sehr verführerisch, Schulaufsicht so zurückzufahren, dass sie letztlich diese fachlichen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann.

(Führungsrekrutierung und Implementierung von Neuem: „Partner von Schule“ – Rolle der Partner nicht kontrolliert, immer mehr Projekte werden abgegeben, Schulleiterzertifizierung privat?)

Wir können das im Augenblick schon hautnah erleben: Wenn man kein Personal mehr in der Schulaufsicht hat, kann immer nur kurzatmig und hektisch, auf irgendeine tatsächliche oder vermeintliche Krise hin reagiert werden. Das ist die Kehrseite zum Mythos der Entbürokratisierung.

In Wirklichkeit leidet die Seriosität der Vorgaben, und das schlägt negativ durch bis auf den Unterricht.

### **3. Erziehung, Elternhaus, Schule**

Erzieherische Fragen, oft auch Probleme, überlagern in anderem, vermutlich weitaus stärkerem Maße als in früheren Jahrzehnten die schulische, die unterrichtliche Arbeit. Das kann nicht negiert werden. Kinder und Jugendliche benötigen Erziehung und haben Anspruch darauf. Sie brauchen Fürsorge, Unterstützung, Orientierung, Ermutigung, eine Balance zwischen Raum geben und Grenzen setzen, das Vorbild der Erwachsenen, Ermutigung und Anleitung. Erziehung ist grundlegend für Bildung.

Aber die Kultur des ausgestreckten Zeigefingers ist hier weit verbreitet.

Dazu kommt: Die „Pluralisierung der Lebensstile“ erlebt man in jeder Elternversammlung, Eltern und Lehrer haben oft schon jeweils untereinander völlig unterschiedliche Auffassungen, Konsensbildung ist oft schwierig.

Ich habe den Eindruck, dass hier auch auf Elternseite ein wachsendes Problem liegt: Die Bereitschaft sich einzufügen, Kompromisse zu akzeptieren, nimmt ab; immer häufiger finden sich ein erhebliches Anspruchsdenken und eine Verabsolutierung individueller Interessen, man kann auch sagen, eine Entsolidarisierung innerhalb von Eltern.

Es scheint eine Tendenz zu geben, die eigenen Kinder zu überfordern: (Beispiel Mobile mit englischen unregelmäßigen Verben über dem Bett, Opernarien für Kleinkinder, Förderung pränatal.) Und : die Schule zu überfordern: Nicht jeder individuelle Wunsch kann erfüllt werden, nicht jedes verhaltensschwierige Kind ist hochbegabt, und der Bildungsforscher Rost spricht vom Recht des hochbegabten Kindes, nicht ständig gefördert zu werden.

Wichtiger scheint mir heute zu sein, dass Eltern „sich mehr Zeit für ihre Kinder nehmen. Aber nicht mehr Zeit zur Kontrolle der Hausaufgaben, sondern für Aktivitäten, die dem Kind Freude machen und seine Beziehung zu den Eltern stärken.“ (Remo Largo, FAZ 1.7.09,S. N5)

Über wen sollen Kinder lernen, sich in einer Gruppe, einer Gemeinschaft verantwortlich zu verhalten, auf die Interessen anderer Rücksicht zu nehmen, wenn nicht über das Beispiel ihrer Eltern?

### **4. Politische Verantwortung**

Ein letztes Wort zur bildungspolitischen Diskussion zwischen den Parteien: Bildungspolitische Fragen sind auch Fachfragen. Sie werden oft von Parteien usurpiert, um ein Auseinandersetzungsfeld zu haben. In Wirklichkeit haben wir in der Bundesrepublik seit etwa zehn Jahren eine relativ breite Übereinstimmung zwischen den Bundesländern, und die Diskussionen auf der Fachebene werden in aller Regel sachbezogen und ergebnisorientiert geführt. Das aber wird in der politischen Wirklichkeit der jew. Länder nicht zugelassen, weil jedes politische Lager hier ein emotionalisierendes und deshalb erfolgsträchtiges Thema sieht. Notwendig wäre hingegen ein fachlich geschützter Raum für unsere Schulen, in dem nachhaltig wirkende Veränderungen entwickelt und systematisch ausgebaut werden können.

Das ist auf den ersten Blick ein Plädoyer für Politikferne. Aber hier könnte ein politisches Paradox zum Tragen kommen: Ich bin davon überzeugt, dass nur auf diese Weise Bildungspolitik ihren schleichenden Legitimationsverlust überwinden kann. Und deshalb ist das Plädoyer für Politikferne in der Bildungspolitik in Wirklichkeit ein Plädoyer dafür, Fachkompetenz in der Fachpolitik durchzusetzen. Das kommt der Bildungspolitik und den Schulen zugute und nutzt damit der Gesellschaft, den Kindern und Jugendlichen, für die ja eigentlich Schulen und Politik da sind.